

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

früher  
Wochen- und Nachrichtenblatt

zugleich

Geschäfts-Anzeiger für Hohndorf, Ködlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienan u. Mülsen.  
Amtsblatt für den Stadtrat zu Lichtenstein.

Nr. 19.

Versprech-Anschluss  
Nr. 7.

51. Jahrgang.  
Mittwoch, den 23. Januar

Telegrammadresse:  
Tageblatt.

1901.

Dieses Blatt erscheint täglich (außer Sonn- und Festtags) abends für den folgenden Tag. Vierteljährlicher Bezugspreis 1 Mark 25 Pfennige. — Einzelne Nummer 10 Pfennige. —  
Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Markt 179, alle Kaiserl. Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die oberste Spalte  
Korpuszeile oder deren Raum mit 10 Pfennigen berechnet. — Annahme der Inserate täglich bis spätestens vormittag 10 Uhr.  
Im „Amtlichen Teil“ wird die zweispaltige Zeile oder deren Raum mit 30 Pfennigen berechnet. Für auswärtige Inserenten kostet die 4gespaltene Zeile 15 Pfennig

## Nutz- und Brennholz-Auktion auf Oberwaldenburg-Rüsdorfer Revier.

I. In der Restauration „zur Windmühle“ in Hohenstein-Ernstthal sollen  
Freitag, den 25. Januar 1901,  
von vormittags 9 Uhr an

die in den Abt. 8, 14, 19, 21 und 22 aufbereiteten Hölzer, und zwar:

114 N.-Klöber	8/22	em Oberstärke,
14 „	23/51 u. mehr	„
578 „	8/22	„
26 „	23/36	„
80 N.-Stangen	8/9	„ Unterstärke,
160 „	10/14	„

2 Nm. N.-Brennscheite,	2 Nm. fl. Schneidelreisig,
7 „ „	21,00 Wühd. L.-Brennreisig,
3 „ N.-Brennklöppel,	2,00 „ „
21 „ „	„ „

II. im Zahl'schen Gasthofs in Ruchsnappel

Mittwoch, den 30. Januar 1901,  
von vormittags 9 Uhr an

130 N.-Stämme	10/22	em Mittelstärke,
105 „ Klöber	8/22	„ Oberstärke,
1 „	23	„

27 Nm. N.-Brennrollen,	1,20	Wühd. L.-Brennreisig,
4 „ „	41,00	„ „

versteigert werden.

Königlich-Schönburgische Forstverwaltung Oberwaldenburg.

### Deutscher Reichstag.

29. Sitzung vom 21. Januar.

Bei Anwesenheit von 15 Abgeordneten wird die Sitzung eröffnet. Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Prinz Carolath (nat.-lib.) ist erfreut, daß mit der Anstellung weiblicher Fabrik-Aufsichtsbeamten fortgefahren worden sei, und wendet sich dann zu der Frage des Universitätsstudiums der Frauen. In der Hauptsache gehöre zwar die Frau in's Haus, er wolle keineswegs der sogenannten Emanzipation der Frauen das Wort reden, aber den Frauen dürfe auch der Weg zu einer anderen Existenz auf der Grundlage des Universitätsstudiums nicht beschränkt werden. Um speziell die Besorgnisse der Herren Mediziner zu beseitigen, stelle er ausdrücklich fest, daß von den zur Zeit in Berlin studierenden 371 Damen nur 27 Medizin studieren.

Abg. Franken (nat.-lib.) verlangt Versicherung gegen Unfälle auch für die bei Rettung aus Feuersgefahr verunglückten Personen und wendet sich dann gegen die Sozialdemokraten, die der deutschen Arbeiterschaft wahrlich keinen Dienst erweisen würden, wenn es ihnen gelingen sollte, den Grafen Posadowsky von seinem Plaze weg zu ürgern.

Abg. Dr. Pichler fordert sodann strenge Durchführung der bestehenden Gesetzesvorschriften über die Hausindustrie in Meiningen hinsichtlich der Fabrikation von Phosphorreichhölzern.

Geh. Rat Ziller bestreitet, daß die Vorschriften von 1894 zur Bekämpfung der Fabrikation von Phosphorzündhölzern in Sachsen-Meiningen infolge ungenügender Gewerbeaufsicht nicht durchgeführt wurden.

Abg. Schwarz-München (lib.) bemängelt die Bäckereiverordnung, die sehr leicht bei großen Bäckereien durchführbar sei, aber die kleinen Bäckereien schwer schädige. Auch die Ersetzung des Maximalarbeitstages durch eine Maximalarbeitswoche helfe den kleinen Bäckereien nicht ausreichend; richtiger sei eine Minimalruhezeit von 8 Stunden.

Abg. Baus (Soz.) erklärt, seine Freunde würden jeder Verschlechterung der Bäckereiverordnung entgegenstehen. Die Abneigung des Centrums gegen die Gewerkschaften erkläre sich durch den Wunsch des Centrums, die Arbeiter an der Hand zu behalten. Dem Centrum seien die Arbeiter, die womöglich nicht lesen und schreiben könnten, die liebsten. Während die Sozialdemokratie die Gewerkschaftsbewegung als etwas durchaus Selbständiges anerkenne, seien die christlichen Arbeiterorganisationen nur geschaffen worden zu dem politischen Zweck, die Arbeiter von dem Abmarsch nach links abzuhalten, es werde aber trotz aller Hirtenbriefe nach Art desjenigen des Bischofs von Fulda nicht gelingen. Das stärkste Stück sei, daß Brestfeld die Klagen über die traurige Lage der Arbeiter als

Unfug bezeichnet habe. Aus dem Ganzen ersehe man, wie in vielen Beziehungen die Unternehmer nicht nur zu dem Reichsamts des Innern, sondern auch an anderen Stellen im Gegensatz ständen.

Abg. Fischbeck (freif. Volksp.) polemisiert gegen die Kardorff-Stumm'sche Kanalpolitik, die den Arbeitern das Brot verteuern und zugleich das Koalitionsrecht nehmen wolle, und wendet sich dann gegen das Verlangen nach höherem Holzzoll. Deutschland habe im Vorjahre für 289 Millionen Rohholz importiert und könne keinesfalls seinen Holzbedarf decken, falls es nicht etwa 7 Millionen Hektar neu bewalden und dadurch wiederum dem Getreidebau entziehen wolle. Redner erklärt es weiter für unzulässig, daß Zwangsgenossenschaften, wie es doch die Berufsgenossenschaften seien, Beiträge an den Zentralverband deutscher Industrieller entrichteten.

Abg. Sachse (Soz.) verbreitet sich über Zustände bei der Porzellanfabrikation und Glasmalerei, über den Zuwachs an weiblichen Arbeitern in den Bergbaubetrieben. Die Gewerbeinspektoren hätten allen Anlaß, auf die letzteren ihr Augenmerk zu richten, so auch auf die vielen Ueberschichten, z. B. im Dortmund Revier, in Sachsen, sowie auf die viele Sonntagsarbeit. Namentlich in den sächsischen Revieren werde Sonntags in ganz unzulässigem Umfange gearbeitet. Aus alledem erkläre sich auch die Zunahme der Unfälle im Bergbau. Ein Reichsberggesetz sei unbedingt erforderlich.

Abg. Wassermaun (nat.-lib.) erklärt, daß seine Freunde eine Verquickung der Kanalvorlage mit der Zolltarifffrage durchaus ablehnen. Weiterberatung morgen.

### Politische Tages-Rundschau.

Deutsches Reich.

\* Wie amtlich mitgeteilt wird, ist der Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar an den Masern erkrankt. Bis auf Weiteres werden täglich Bulletins ausgegeben werden.

\* Prinz und Prinzessin Heinrich, sowie Prinz Karl von Hessen und die Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen sind am Montag nach Kronberg zur tiefbekümmerten Kaiserin Friedrich gereist, um deren Zustand man wieder sehr besorgt ist.

\* Die Demission des Prinzen Alfons von Bayern, bisherigen Kommandeurs der ersten Kavallerie-Brigade, war keine freiwillige, sondern ist erfolgt, weil der Prinz bei den letzten Herbstmanövern seine Brigade derart ungenügend führte, daß sein weiteres Verbleiben im activen Militärdienst unmöglich erschien.

\* Der Prinzregent von Bayern beabsichtigt, aus Anlaß seines 80. Geburtstages in einer Anrede eine große Anzahl von verurteilten Personen Gnade zu erweisen und schießt den Anträgen

des Staatsministeriums der Justiz entgegen. Besondere Berücksichtigung sollen Personen finden, die wegen nicht ehrenrühriger Vergehen verurteilt sind.

\* Geschäftslieferungen an England. Wie man hört, hat die Firma Krupp an die maßgebenden Stellen Berlins brieflich die offizielle Mitteilung gelangen lassen, daß sie sich bisher den Wünschen der Regierung gefügt und die Geschäftslieferungen an England sistiert habe, daß sie sich aber für die Folge nicht mehr an diesen Wunsch halten, sondern Aufträge von Geschäft- und Waffenlieferungen an England ausführen werde. Den Anlaß hierzu hat offenbar der Umstand gegeben, daß andere Firmen trotz des Verbots der Regierung Waffenlieferungen an England bis in die neueste Zeit ausgeführt haben.

\* Wie die „Augsb. Abendztg.“ berichtet, hat die bayerische Regierung bei der preussischen Regierung beantragt, die Verhandlungen zum Abschluß eines Staatsvertrages über die Mainkanalisation zu eröffnen.

\* Das besonders Charakteristische an der geplanten Neuuniformierung der preussischen Armee ist die Anschaffung jedweder blinkenden Gegenstände an der Bekleidung. Vom Kopfe bis zum Fuß erscheint der Soldat fortan in nahezu gleicher, möglichst unauffälliger Kleidung. Zunächst werden sämtliche alte Vorräte aufgebraucht.

Italien.

\* Eine Reihe italienischer Offiziere wird vom Kriegsministerium Urlaub erhalten, um behufs Erlernung der deutschen Sprache sich nach Deutschland zu begeben.

England.

Petersburg. Der „Pol. Korresp.“ zufolge herrscht seit Wochen unter den Studenten der bedeutenderen russischen Universitäten eine heftige Gährung. In Petersburg und in Kiew fanden stürmisch verlaufene Versammlungen statt. Die Polizei verhaftete in Kiew 150, in Petersburg 80 Studenten, die zum Teil unter die Truppen im äußersten Osten von Sibirien gesteckt werden sollen. Die Ankündigung harter Maßregeln vermehrte die Gährung. Die Regierung ist entschlossen, die äußerste Strenge anzuwenden.

China.

\* Die Italiener haben an der chinesischen Küste elf Seeräuber gefangen, die in Ningbo zum Tode verurteilt und sofort hingerichtet worden sind.

### Ein Brief des Kaisers über Schulreform.

In den Tagen, in denen da und dort, darunter auch von der Bühne herab, wieder einmal der wider gewisse verzappte Schulzustände laut gewordene Kampfruf die Aufmerksamkeit weiterer Kreise erregt, liest sich mit erhöhter Teilnahme ein Brief, den Kaiser Wilhelm II. als Prinz an den königlichen Amtsrichter Emil Hartwig in Düsseldorf gerichtet hat. Der Brief lautet: